

LEITARTIKEL

Junckers EU-Investitionsfonds

Die Tücken der Förderung

VON DANIELA WEINGÄRTNER



Als Kommissionspräsident Juncker enthielt, wie er mit einem Investitionsfonds Wachstum und Beschäftigung in der EU ankurbeln will, lachte halb Europa über die wundersame Geldvermehrung: Aus 21 Milliarden Euro, welche die EU hineingibt, sollen durch die Beteiligung privater Geldgeber Investitionen von 315 Milliarden Euro werden. Unterstützung kam von Werner Hoyer, dem Chef der Europäischen Investitionsbank EIB. Es sei nun mal die Aufgabe einer Bank, Risiken abzusichern und damit private Investoren zu gewinnen, erklärte er.

Daran knüpfen sich zwei Fragen: Wenn eigentlich genug Geld in Umlauf ist und die Banken wieder arbeitsfähig sind, warum muss dann die öffentliche Hand das Risikokapital bereitstellen? Und: Wie sollen all die tolen neuen Projekte aussehen, die zwar in der Startphase ein bisschen riskant sind, aber am Ende gute Gewinne versprechen?

Zumindest die zweite Frage klärt sich, wenn man die zuständigen Fachleute in der EIB dazu befragt. Da

der Kapitalgrundstock für Junckers Fonds aus den Haushaltstiteln Forschung, Bildung und grenzüberschreitende Vernetzung abgezweigt wird, soll das Geld auch möglichst in diesen Bereichen wieder investiert werden.

Pate steht dabei das angelsächsische Prinzip der Privatisierung von Dienstleistungen, die auf dem Kontinent bislang der Staat übernimmt. Doch ein solcher Systemwechsel hat Folgen. Private Hochschulen zum Beispiel liefern den Studierenden bei der Einschreibung das Finanzierungsmodell gleich mit. Wenn nach dem prestigeträchtigen Abschluss das große Geld verdient wird, kann der Kredit abbezahlt werden. Der Nachteil: Wer statt als Banker oder Manager lieber als Sozialarbeiter, Journalist oder Armenanwalt arbeiten würde, muss seine Träume begraben, um die Schulden bei der Uni abzahlen zu können. Forschungsförderung, die für Investoren attraktiv sein soll, hat ein ähnliches Problem. Felder,

die rasche Ergebnisse versprechen, werden bevorzugt, Grundlagenforschung noch stiefmütterlicher behandelt als bisher schon.

Werden die europäischen Fördertöpfe künftig genutzt, um das Grundrisiko abzusichern und damit private Geldgeber anzulocken, dann können sie möglicherweise eine Hebelwirkung entfalten, die noch über dem von Junckers Fachleuten anvisierten Faktor 15 liegt. Andererseits fehlt das Geld dort, wo nur durch staatliche Subventionen im klassischen Sinn Verbesserungen erzielt werden können.

Große Verkehrsachsen zum Beispiel kann eine private Autobahngesellschaft oder ein privates Bahnkonsortium auch ohne staatliche Unterstützung bauen. Infrastruktur in Randgebieten aber bleibt

für Investoren auch dann unattraktiv, wenn die öffentliche Hand den Kapitalgrundstock bereitstellt.

Doch auch direkte Subventionen haben ihre Tücken. Gerade hat der Europäische Rechnungshof gerügt, dass die EU zwischen 2000 und 2013 600 Mil-

lionen Euro verschleudert hat – für kleine Regionalflughäfen in Estland, Polen oder Spanien, die in Wahrheit keiner braucht. Im andalusischen Cordoba zum Beispiel hatte man mit 180 000 Passagieren pro Jahr kalkuliert, es kamen aber nur 7000. Bei beiden Förderinstrumenten – der direkten Subvention und der Absicherung des privaten Investitionsrisikos – wird auch in Zukunft alles davon abhängen, dass die Projekte einen echten Mehrwert bedeuten.

Die Schlüsselrolle kommt dem Expertengremium zu, das die förderwürdigen Ideen auswählt soll. Dass die Mitgliedsstaaten akzeptieren, dass nicht der Bedürftigste, sondern die beste Idee das Rennen macht, ist so gut wie ausgeschlossen, wenn es um europäische Fördertöpfe geht. Es könnte also sein, dass die wundersame Geldvermehrung am Ende daran scheitert, dass sich die Europäer nicht einigen können, wer von dem Segen profitieren soll.

Das Geld wird nicht für die besten Ideen, sondern für die bedürftigsten Länder ausgegeben



Der Rubel rollt.

ZEICHNUNG: HAITZINGER

Ende einer Farce

Barack Obama beendet die gescheiterte Kuba-Blockade der USA – und nimmt Castro das Feindbild

VON UNSEREM REDAKTEUR DIETMAR ÖSTERMANN

Es ist eine Sensation – und lange überfällig: Nach mehr als 50 Jahren rücken die USA von ihrer gescheiterten Isolationsstrategie gegenüber Kuba ab.

Schon lange konnte kein Mensch in Washington mehr schlüssig erklären, warum die USA mit dem kommunistischen China rege Geschäfte betreiben, das kommunistische Kuba aber behandeln, als drohe bei jedem offiziellen Kontakt die politische Beulenpest. Verstehen lässt sich das über Generationen sture Festhalten an einer erfolglosen Embargopolitik nur mit jenem psychologischen Element, das zuweilen den Blick auf politische Realitäten verstellt: Dass das Regime der Castro-Brüder direkt vor Floridas Küste seit 1959 allen Anfeindungen des mächtigen Nachbarn widerstand, war für die USA eben immer eine besondere Demütigung.

An einen Erfolg der Embargopolitik freilich glaubten zum Schluss nicht mal

mehr deren eifrigste Verfechter. Im Gegenteil – auch in den USA haben viele längst verstanden, dass die aus den kältesten Zeiten des Kalten Krieges stammende Isolationspolitik das Castro-Regime letztlich nicht geschwächt, sondern gestärkt hat. Doch über schüchterne Anläufe einer Entspannungspolitik – die dann regelmäßig von Hardlinern im Kongress ausgebremst wurden – kam bislang kein Präsident in Washington hinaus. Auch Barack Obama nicht, als er vor fünf Jahren Kontakte zwischen den rund zwei Millionen US-Bürgern kubanischer Herkunft und ihren Familien im Mutterland etwas leichter machte.

Nun hat Obama den großen Schritt getan: Die angekündigte Aufnahme diplomatischer Beziehungen, die anstehende Streichung Kubas von der Liste der Terror unterstützenden Staaten, und damit verbundene Fall der ersten Sanktionen, Reiseerleichterungen, ein Gefangenenaustausch – all das verdient schon deshalb die Bezeichnung historisch, weil es eben so lange unmöglich schien.

Andererseits ist das Risiko für Obama begrenzt. Selbst unter den in den USA politisch einflussreichen Exil-Kubanern sind die Befürworter des Embargos heute in der Minderheit. Eine jüngere Generation, die lieber Kontakt zu Angehörigen in Kuba pflegt als den alten Castro-Hass, hat die Kämpfer aus den Zeiten der Schweinebuchtsinvasion abgelöst. Obamas Öffnungspolitik wird zwar auf heftige Empörung treffen, bis in Teile seiner eigenen Partei hinein. Innenpolitisch aber muss der Präsident zwei Jahre vor dem Ende seiner Amtszeit kaum noch Rücksichten nehmen; außenpolitisch könnte die Wende hin zu einer neuen Kuba-Politik für Obama ein seltener Erfolg werden.

Zumal auch Havanna zuletzt vorsichtige Entspannungssignale gesendet hat. Kuba braucht dringend Investitionen und kann sich angesichts der Ölkrise nicht mehr auf seinen wichtigsten Verbündeten Venezuela verlassen. Künftig also auch nicht auf das ewige Feindbild USA. Raúl Castro riskiert mit der Annäherung an die USA mehr als umgekehrt Obama.

Weltweit gibt es Feindschaft gegenüber Zuwanderern

Beim Weltsozialforum für Migration in Südafrika beklagen Menschenrechtler Auswirkungen der europäischen Grenzschutzpolitik

VON UNSEREM MITARBEITER STEFAN ROTHER

Wachsende Abschottung von Grenzen, wachsende Fremdenfeindlichkeit und sozial Benachteiligte, die Migranten die Schuld an ihrer Situation geben: Dies waren einige der zentralen Themen beim 6. Weltsozialforum für Migration in Johannesburg. Diskutiert wurden diese Themen aber nicht nur am Beispiel Europas und Amerikas – in Südafrika lassen sich vor Ort sehr ähnliche Muster entdecken.

Der Beginn des diesjährigen Weltsozialforums für Migration (WSFM) fiel mit dem ersten Todestag von Nelson Mandela zusammen. Dessen vielbeschworenes „Ubuntu“-Prinzip, das auf Menschlichkeit und Gemeinsamkeit setze, gelte im heutigen Südafrika nicht für Flüchtlinge, klagten viele Teilnehmer des Forums. So stellte dessen Vorsitzender, André Mangu, fest: „Zu Zeiten der Apartheid hatten es Migranten in Südafrika leichter als jetzt“. Und während viele Anti-Apartheid-Aktivisten von Nachbarländern offen aufgenommen worden seien, gebe es heute in Südafrika starke Vorbehalte gegen die Einwanderer und Flüchtlinge aus Nigeria oder Simbabwe. Seit dem Ende der Apartheid hat sich das Klima im Lande gewandelt – so brachen 2008 im Johannesburg Stadtteil Alexandra, einer der

ärmsten Siedlungen des Landes, fremdenfeindliche Unruhen aus. Häufig genannte Begründung: Die Zugezogenen bedrohten Arbeitsplätze.

Entsprechend schwierig gestaltete sich nach der Euphorie, als erstes afrikanisches Land den Zuschlag für die Ausrichtung des alle zwei Jahre stattfindenden WSFM erhalten zu haben, dann auch die Organisation. So gab es Meinungsunterschiede zwischen Vereinigungen, in denen sich Migranten selber organisieren, und solchen, die für Migranten arbeiten. Nachdem die Migranten-Selbstorganisationen die Federführung übernommen hatten, zog die Stadt Johannesburg zwei Wochen vor Beginn des Forums ihre Unterstützung samt Bereitstellung des Veranstaltungsortes zurück.

Dass das Treffen dennoch stattfand und mit dem Constitution Hill – einem früheren Gefängnis, in dem einst Gandhi und Mandela inhaftiert waren – ein symbolträchtiger Veranstaltungsort gefunden wurde, ist auch der Verdienst von Aline Mugisho. Geboren im Kongo, kam sie als politischer Flüchtling nach Südafrika und arbeitet dort für das African Diaspora Forum (ADF), einen Dachverband von Migrantenverbänden. Auch wenn aufgrund des kurzfristig gekürzten Budgets weniger afrikanische Teilnehmer als geplant bei der Anreise unterstützt werden konn-

ten, kamen 1000 Teilnehmer aus 27 afrikanischen Staaten, den Amerikas, Asien, Palästina und Europa zusammen. Dort hat auch Mugisho derzeit ihren Wohnsitz – sie ist Doktorandin an der Willy Brandt School of Public Policy in Erfurt.

Negativbeispiel Thilo Sarrazin

Dies blieb nicht die einzige Verbindung nach Deutschland, Hilfsorganisationen wie Brot für die Welt und Medico International unterstützten Workshops. In diesen wurde diskutiert, wie sich die europäische Grenzschutzpolitik bis ins innere Afrika hinein auswirkt: „Frontex kontrolliert auch unsere Grenzen durch die Unterstützung von Kontrollpunkten, Migranten stranden dadurch etwa zwischen dem Senegal und Mali“, berichtete ein Teilnehmer. „Wir Mauretanier gelten als faul, daher lassen wir Migranten ohne Aufenthaltsstatus die ganze Arbeit machen“, scherzte ein weiterer Aktivist.

Damit wies er auf ein weltweit verbreitetes Phänomen hin: Von den USA über Malaysia bis hin zu Mauretanien wird in vielen Ländern zum Kampf gegen die sogenannten „Illegalen“ aufgerufen, während die Wirtschaft der Länder von diesen

profitiert oder gar auf sie angewiesen ist. Gleichzeitig wachsen Ressentiments in der Bevölkerung. Aus Deutschland berichtete Rex Osa, Aktivist in Selbsthilforganisationen. 2005 als politischer Flüchtling aus Nigeria gekommen, empfand er seine Anhörung bei der Außenstelle Karlsruhe wie ein Polizeiverhör und das Verfahren als traumatisch. Seitdem klärt er Flüchtlinge über ihre Rechte auf und protestiert gegen die Residenzpflicht und eingeschränkte medizinische Versorgung. Ein noch kritischeres Bild Deutschlands fand sich in der Ansprache des Anti-Apartheid-Kämpfers und früheren südafrikanischen Ministers Essop Pahad, der sich über die Ansichten eines „führenden deutschen Sozialdemokraten“ empörte – und Thilo Sarrazin zitierte.

Fortgesetzt werden die Diskussionen nun auf der „Mutterveranstaltung“, dem Weltsozialforum im März 2015 in Tunesien, bei dem Migration eines von mehreren Themen ist. Aline Mugisho hofft zudem, mit der EU in Verbindung treten und die Ergebnisse des Treffens beim nächsten Dialog zwischen EU und Zivilgesellschaft vortragen zu können. Hier zeigt sich die zentrale Herausforderung solcher Treffen: der Kampf um Einfluss auf die Politik. Zumindest die inner-afrikanische Vernetzung dürfte durch das WSFM aber Fortschritte gemacht haben.

PRESSESTIMMEN

Keine Wattebäuschchen

Die „Eisenacher Presse“ meint zum NPD-Urteil:

„Regierungsmitglieder müssen nicht kuschen. Sie sind nicht gezwungen, mit Wattebäuschchen zu werfen, wenn es um die Bewertung der NPD geht. Das hat das Bundesverfassungsgericht (...) klar gemacht. Und damit auch ausgelotet, wo die Verpflichtung zur Neutralität eines Mitgliedes der Bundesregierung endet und der politische Meinungskampf seinen eigenen Regeln folgt. (...) nun steht fest, unter welchen Umständen es aus Sicht des obersten Gerichts legitim ist, sich in aller Deutlichkeit über einen politischen Gegner (...) zu äußern.“

Wohltuend deutlich

„Der neue Tag“ (Weiden) schreibt zu Pegida:

„Natürlich sind nicht alle Nazis, die mit Pegida auf die Straße gehen oder zumindest sympathisieren. Aber sie betreiben deren Geschäft. Angela Merkel hat sich hier für ihre Verhältnisse wohltuend deutlich geäußert. In Deutschland sei kein Platz für Hetze und Verleumdung von Menschen, die aus anderen Ländern zu uns kommen. Das Machtwort der Kanzlerin sollte alle demokratischen Kräfte aufrütteln.“